



Blickpunkt Lateinamerika

Das Magazin von Adveniat – Ausgabe 2 | 2020

**NICHT SELBST ZUR
NACHRICHT WERDEN**

Titel: Journalisten leben
in Honduras gefährlich

**BILDER ALS BRÜCKE
ZWISCHEN DEN WELTEN**

Kolumbien: Mit der Kamera
bei den Farc-Rebellen



Liebe Leserinnen und Leser!



Populisten, Hassprediger und Verschwörungstheoretiker haben es in Zeiten von Facebook, WhatsApp und Twitter leicht, ihre manipulativen Botschaften zu verbreiten. Ihr Rezept ist einfach: Sie spielen mit den Urängsten der Menschen – vor Fremden, vor Katastrophen, vor Veränderungen. Manche Regierungen Lateinamerikas nutzen Fake News auch als Mittel zum Machterhalt. Kritische Medien werden systematisch unterdrückt, Journalisten mundtot gemacht. Honduras

ist dafür ein trauriges Beispiel. Unsere Titelgeschichte widmen wir daher den mutigen Reportern des honduranischen Senders Radio Progreso, die trotz permanenter Bedrohung ihre Stimme für Demokratie und Menschenrechte erheben (S. 6–12).

Medien zeigen oft auch unbequeme Wahrheiten, korrigieren oder erweitern unser Bild von der Wirklichkeit. Der kolumbianische Fotograf Federico Rios Escobar spricht von seinen Bildern als „Brücke zwischen den Welten“. Seine jüngste Ausstellung dokumentiert den Übergang der kolumbianischen Farc-Rebellen vom bewaffneten Kampf ins zivile Leben und bietet erstaunliche Einblicke in den Alltag der Guerilleros (S. 16–19).

Unter von Ausgangssperren und Quarantänepflicht erschwerten Bedingungen haben sich unsere Reporterinnen in Argentinien und Mexiko auf den Weg gemacht, um Geschichten von Menschen zu erzählen, die der Corona-Krise die Stirn bieten. Denn auch das gehört zur Wahrheit: Corona isoliert nicht nur, sondern schweißt auch zusammen (S. 13–15, 20–21).

In diesem Sinne, bleiben Sie aufmerksam und kritisch – und bleiben Sie gesund!

P. Michael H.

Pater Michael Heinz SVD, Hauptgeschäftsführer

Nachrichten aus Lateinamerika	4
Titel	
Nicht selbst zur Nachricht werden	6
Journalisten leben in Honduras gefährlich	
Reportage	
Verlierer der Corona-Krise:	
Argentinien's Arme	13
Adveniat leistet Lebensmittel-Nothilfe	
Kultur	
Bilder als Brücke zwischen den Welten	16
Mit der Kamera bei den Farc-Rebellen	
Hintergrund	
Nirgendwo sicher –	
Migranten sitzen fest	20
Die USA schaffen wegen Corona das Asylrecht an der mexikanischen Grenze ab	
Adveniat aktuell	22



Titel: Padre Melo bei einer Demonstration in Tela, Honduras. Foto: Jürgen Escher



Rückseite: Gemeinschaftsküche in der Armensiedlung 18 de Julio, Argentinien. Foto: Josefina González

Wahre Geschichten erzählen

„In einem Zeitalter, in dem die Kunst der Fälschung immer raffinierter wird und ein unglaubliches Niveau erreicht hat, brauchen wir Weisheit, um schöne, wahre und gute Geschichten aufzunehmen und hervorzubringen. Wir brauchen Mut, um die falschen und bösartigen Geschichten zurückzuweisen. Und wir brauchen Geduld und Unterscheidungsvermögen, um jene Geschichten wiederzuentdecken, die uns helfen, inmitten der Zerrissenheit unserer Zeit nicht den Faden zu verlieren; Geschichten, die die Wahrheit unseres Seins wieder ans Licht bringen.“

Papst Franziskus, aus der Botschaft zum Welttag der sozialen Kommunikationsmittel 2020

Fernsehraum in einer Migrantenherberge in Nuevo Laredo, Mexiko. Foto: Jürgen Escher



Impressum

Herausgeber

Bischöfliche Aktion Adveniat e. V.
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Leiter: Christian Frevel

Redaktion

Nicola van Bonn (verantwortl.)
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Mariana Delgado, Victoria Eglau,
Christina Weise, Felix Wellisch,
Kathrin Zeiske

Unbenannte Artikel und Fotos

Adveniat

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Dokumentation

Dr. Martina Fornet Ponce

Lektorat

Ulrike Anders

Layout und Grafik

unikat GmbH, Wuppertal

Druck und Versand

Ortmeier Medien

Dieses Heft wurde auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.



Erscheinungsweise

vierteljährlich

ISSN 1433 – 7568

Anschrift der Redaktion

Bischöfliche Aktion Adveniat e. V.
Redaktion Blickpunkt Lateinamerika

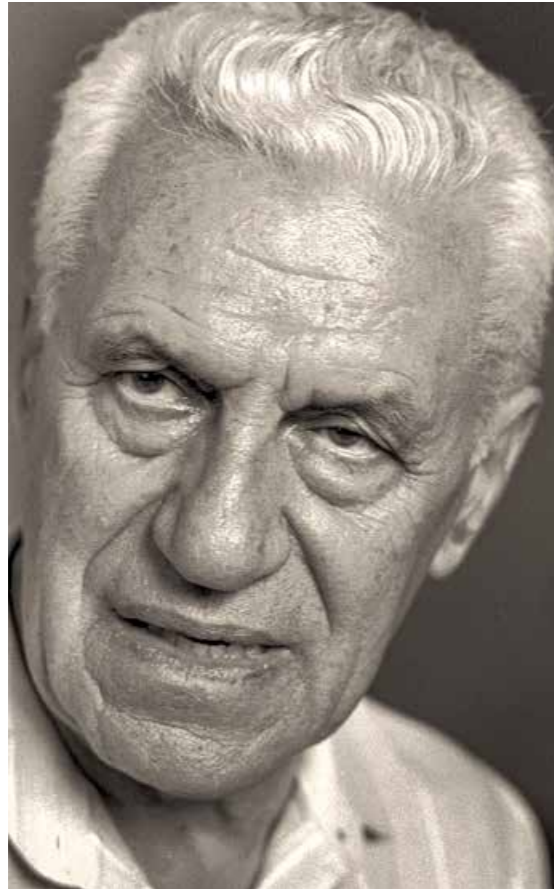
Gildehofstraße 2, 45127 Essen
Tel.: 0201 1756-0; Fax: 0201 1756-111

blickpunkt@adveniat.de
www.adveniat.de

Spenden bitte auf unser Konto
bei der Bank im Bistum Essen,
IBAN: DE03 3606 0295 0000 0173 45
BIC: GENODE1BBE

BRASILILIEN

Ein Verteidiger der Rechte der Indigenen



Adveniat trauert um Bischof Aldo Mongiano. Foto: Jürgen Escher

Im Alter von 100 Jahren starb am 15. April Bischof Aldo Mongiano, emeritierter Bischof von Roraima und langjähriger Projektpartner von Adveniat. Mongiano wurde am 1. November 1919 in Italien geboren und trat der Ordensgemeinschaft der Consolata-Missionare bei. Am 3. Juni 1943 wurde er zum Priester geweiht und wirkte zunächst als Missionar in Mosambik und dann in Brasilien, wo er 1975 zum Bischof der damaligen Prälatur von Roraima im Norden des Landes ernannt wurde.

Der Indigenenmissionsrat Cimi, dessen Arbeit Adveniat seit Jahrzehnten unterstützt, würdigte Dom Aldo für seinen entschiedenen Einsatz für die indigenen Völker. Trotz Todesdrohungen habe er leidenschaftlich die Interessen der indigenen Völker Roraimas verteidigt und die Anerkennung ihrer Territorien gefordert. Die ehemalige Brasilien-Referentin des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, Elisabeth Freitag, lernte Dom Aldo in dieser Zeit persönlich kennen: „Ich habe erlebt, wie er Tag und Nacht Drohanrufe erhalten hat: ‚Wir werden Dich umbringen.‘ Das war Psycho-

terror.“ Umso mehr ist sie davon überzeugt, dass die 13 im Bistum Roraima beheimateten indigenen Völker ihr Überleben dem Bischof und seinem couragierten Pastoralteam zu verdanken haben.

Gold- und Diamantensucher, Holzfäller und Viehzüchter drangen in den 1980er- und 1990er-Jahren vor allem in die Gebiete der Macuxí und der Yanomami ein, um sie wirtschaftlich auszubeuten. Mit Rückendeckung der Brasilianischen Bischofskonferenz stellte sich Dom Aldo dagegen. Nicht nur er, auch Priester, Laien und Ordensfrauen waren in dieser Zeit systematischen Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Politiker warfen der katholischen Kirche sogar vor, im Dienst der „Internationalisierung des Amazonasgebiets“ zu stehen. Sie plane, die indigenen Gebiete in unabhängige Staaten zu verwandeln. Einzelne Abgeordnete in Brasília forderten, den Bischof des Landes zu verweisen.

Trotz der massiven Drohungen sei der Bischof stets klar und bestimmt geblieben und habe eine innere Ruhe ausgestrahlt, erinnert sich Elisabeth Freitag. „Er war wie ein Fels in der Brandung.“ Adveniat hat die Arbeit Dom Aldos nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch seinen Anliegen in Deutschland Gehör verschafft. Auf Einladung Adveniat war er 1993 zu Besuch und informierte bei Veranstaltungen und Pressegesprächen über die Bedrohungen, denen Menschen und Natur in seiner Heimat ausgesetzt waren und immer noch sind.

Vor allem um das Indigenengebiet Terra indígena Raposa Serra do Sol, mit über 1,7 Millionen Hektar eines der größten der Welt, gab es ein jahrelanges Tauziehen und heftige Auseinandersetzungen. 2005 wurde es von Präsident Lula da Silva gesetzlich anerkannt. Dafür sowie für die Anerkennung des Schutzgebiets der Yanomami hat Dom Aldo während seiner 21 Jahre als Bischof von Roraima gekämpft. 1996 ging er als emeritierter Bischof nach Italien zurück, wo er bis zuletzt in seinem Heimatort Pontestura in der Region Piemont lebte. (nvb)

Weitere aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte finden Sie täglich auf unserer Homepage:
→ www.blickpunkt-lateinamerika.de

KOLUMBIEN

Preis für kolumbianische Journalistin

Die kolumbianische Journalistin Jineth Bedoya Lima wird mit dem diesjährigen Guillermo-Cano-Preis für Pressefreiheit der UNESCO ausgezeichnet. Das teilte die UN-Organisation Ende April in Bonn mit. Bedoya erhält die mit 25.000 Dollar dotierte Auszeichnung für ihre Recherchen und Texte über den bewaffneten Konflikt und den Friedensprozess in Kolumbien sowie über sexuelle Gewalt gegen Frauen.

Die Journalistin wurde selbst zum Opfer sexueller Gewalt, als sie vor 20 Jahren vor dem Eingang eines Gefängnisses entführt wurde, in welchem sie zu einem Interview mit einem Anführer der paramilitärischen Gruppe AUC verabredet war. Die Täter hielten sie über 16 Stunden lang fest und misshandelten sie körperlich, psychisch und sexuell. Später wurden ihre Peiniger als Mitglieder der AUC identifiziert. Obwohl Bedoya vor Gericht zog, blieben die Taten ungestraft. Aus dieser Erfahrung heraus rief sie die Kampagne „No es hora de callar“ („Es ist nicht die Zeit zu schweigen“) ins Leben, die von sexueller Gewalt und Missbrauch betroffene Frauen ermutigen soll, Anzeige zu erstatten.

„Es ist ein großer Tag für alle Journalistinnen in Lateinamerika,“ zitiert das kolumbianische Nachrichtenmagazin El Espectador die Journalistin. Diese Auszeichnung sei allen Menschen gewidmet, die dazu beitragen, die Welt zu verändern, indem sie Gewalt gegen Frauen aufdeckten.

Der Guillermo-Cano-Preis für weltweite Pressefreiheit wird seit 1997 jährlich von der UNESCO vergeben. Er ist nach dem kolumbianischen Journalisten Guillermo Cano Isaza benannt, der 1986 vor dem Redaktionsgebäude seiner Zeitung in Bogotá ermordet wurde. (jl)



Die kolumbianische Journalistin Jineth Bedoya im März 2018 zu Besuch bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung, stephan-roehl.de, CC BY-SA 4.0

LATEINAMERIKA

Corona verschärft die Armut

Die Wirtschaft in Lateinamerika wird in diesem Jahr um 5,3 Prozent einbrechen und 29 Millionen Menschen werden in die Armut abgleiten. Das sagt die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) voraus. Ende dieses Jahres werden 215 der 629 Millionen Lateinamerikaner in Armut leben, mehr als 83 Millionen von ihnen in extremer Armut.

Die einbrechenden Rohstoffpreise, die Abhängigkeit von China und den USA, die niedrige Steuerquote sowie der Rückgang der Auslandsüberweisungen der Migranten und die hohe Verschuldung seien die Gründe für diese düstere Aussicht. Die Länder Lateinamerikas wenden mit durchschnittlich 2,6 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts mehr für den Schuldendienst auf, als sie für den Gesundheitssektor (2,3 Prozent) ausgeben.

Die Arbeitslosigkeit werde von 8,1 Prozent auf 11,5 Prozent steigen, prognostiziert die CEPAL. Darin ist der informelle Sektor nicht eingerechnet, wie etwa Schuhputzer, Obstverkäufer, Hausangestellte und Straßenhändler, die in keinem Sozialsystem erfasst werden. In Mexiko zum Beispiel ist der informelle Sektor mit gut 60 Prozent deutlich größer als der formale Sektor.

CEPAL-Generalsekretärin Alicia Bárcena lobt, dass viele Staaten wirtschaftliche Hilfspakete geschnürt hätten, um die schlimmsten Auswirkungen zu mildern. Dennoch ist die CEPAL-Chefin skeptisch: „Das alles wird nicht ausreichen, die Länder werden mehr ökonomische Hilfen brauchen.“ Sie forderte die internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationalen Währungsfonds (IWF) daher dazu auf, den lateinamerikanischen Regierungen günstige Kredite zugänglich zu machen und auch die Streichung von Schulden zu erwägen. (ke)

Nicht selbst zur Nachricht werden

JOURNALISTEN LEBEN IN HONDURAS GEFÄHRLICH

TEXT: CHRISTINA WEISE, FOTOS: JÜRGEN ESCHER

Für Journalisten gehört Honduras zu den gefährlichsten Ländern der Welt.

Das gilt besonders für diejenigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, wie die Mitarbeiter von Radio Progreso, eines der letzten unabhängigen Medien des Landes. Jeden Tag schweben sie in Lebensgefahr.



Sie haben Plakate und Fackeln dabei. Es sind vor allem junge Männer zwischen 20 und 40 Jahren, die durch die Straßen von El Progreso ziehen und „Fuera JOH!“ – „Raus JOH!“ – rufen. JOH ist die Abkürzung für Juan Orlando Hernández, Präsident von Honduras, der das Land seit 2014 diktatorisch regiert. Die Stimmung ist angespannt, aber auch hoffnungsvoll. Eine Gruppe von Polizisten beobachtet die Menge vom Straßenrand aus. Auf dem Bürgersteig der anderen Straßenseite hält Lesly Banegas Frazier mit den Demonstrierenden Schritt. Ihre linke Hand umfasst ein faustgroßes, schwarzes Mikrofon, in das sie alles berichtet, was ihr Blick erfasst. Mit ihrem Handy in der rechten Hand nimmt sie die Straßenszenen auf. Ihr Bericht und die

Bilder werden sofort veröffentlicht. „Ein friedlicher Protest kann ganz schnell gewaltsam werden, wenn Polizei oder Militär sich einschalten. Sollte das gleich passieren, habe ich es von Anfang an aufgenommen“, erklärt sie. Das gilt natürlich auch, wenn sie selbst bedroht oder verletzt wird. Zwei Mal wurde schon bei Protesten auf sie geschossen. Keine zehn Minuten später bricht Lesly die Übertragung ab und läuft zu ihrem Roller, den sie in einer schmalen Seitenstraße geparkt hat. Ein Bekannter hat sie kurz zuvor gewarnt, dass die Batterie aus ihrem Roller geklaut werden würde. Das bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass es gleich auf der Straße eskaliert, denn so soll sie daran gehindert werden, darüber zu berichten. Lesly gibt nach und entscheidet sich, zu fahren, denn sonst säße sie in der Falle.

„Wie können wir als Reporter bei Protesten sicher sein? Wie kann ich dafür sorgen, dass ich in Ruhe berichten kann und nicht selbst zur Nachricht werde?“ Stille. →

Oben: Lesly Banegas Frazier, Reporterin und Nachrichtensprecherin bei Radio Progreso.

Unten: Demonstranten an der Straßensperre in Tela.



„In der Redaktion sehe ich täglich die Bilder und sie machen mir Angst. Das Tränengas, die Gewalt, das Blut. Und wenn ich dann als Reporterin dorthin muss...“ Lesly sieht in die Runde. Sieben Augenpaare blicken zurück. Es ist zwölf Uhr mittags am nächsten Tag, die Redaktionsmitglieder von Radio Progreso sitzen am runden Konferenztisch im hinteren Teil des kleinen Großraumbüros. Sie haben den vergangenen Tag evaluiert und den heutigen geplant – beide von Protesten gezeichnet. Für die Reporter bedeutet das viel Arbeit, aber vor allem: noch mehr Vorsicht walten zu lassen als sowieso schon.

AUFGABE: SELBSTSCHUTZ

In der Weltrangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ rangiert Honduras im unteren Drittel. Besonders gefährdet sind Mitarbeiter nichtkommerzieller lokaler Radiosender sowie Reporter, die über die Demokratiebewegung berichten. Denn es reicht schon, Proteste und oppositionelle Meinungen zu veröffentlichen, um als kritische Journalisten ins Visier der Regierung zu geraten. Beides trifft auf die Journalisten zu, die im ersten Stock des Backsteingebäudes von Radio Progreso sitzen, dem ersten unabhängigen Radio des Landes. Vor 64 Jahren wurde der Sender vom Sozialen Apostolat der Jesuiten in der honduranischen Stadt El Progreso gegründet. Die kritischen Berichte, die sich politischen und gesellschaftlichen Themen widmen, gehen von hier aus fast ins gesamte Land. Radio Progreso erhebt die Stimme für benach-



teiligte Bevölkerungsgruppen wie Indigene, Frauen, Migranten und Menschen, die unter ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen leiden. Das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat unterstützt das Projekt finanziell. Geleitet wird der Radiosender, dem auch die Stiftung ERIC (Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación), eine jesuitische NGO mit dem Schwerpunkt auf gesellschaftspolitischen Analysen, angeschlossen ist, von Padre Ismael Moreno Coto.

„Geht nie allein zu einem Termin. Vermeidet es, spät in der Nacht rauszufahren. Seht zu, dass ihr von Fahrzeugen begleitet werdet. Bleibt immer in der Nähe von Menschen, vor allem von solchen, die uns kennen“, schwört Padre Ismael Moreno Coto, genannt Padre Melo, seine Truppe ein. Der Jesuitenpater ist aufgestanden und geht langsam um den Tisch herum. „Auf uns zu achten, bedeutet nicht, dass wir unsere Pflichten als Journalisten vernachlässigen.“

HERAUSFORDERUNG: ÜBERLEBEN

Lesly nickt. Eigentlich wollte sie heute wieder allein mit ihrem Roller zum Termin fahren. Seit 14 Jahren

kommt sie jeden Tag damit um fünf Uhr morgens in den Sender. Vorher verabschiedet sich die 33-Jährige von ihrer kranken Mutter, die sie pflegt. „Ich lege jeden Tag in Gottes Hand, eine andere Absicherung habe ich nicht.“ Sobald Lesly durch die Glastür bei Radio Progreso getreten ist, schreibt sie ihrer Mutter eine Nachricht. „Die größte Herausforderung bei meiner Arbeit ist, zu überleben“, sagt sie.

Seit 2009 wurden laut „Reporter ohne Grenzen“ mehr als 30 Journalisten in Honduras getötet. Fast alle dieser Taten blieben und bleiben straflos, die Aufklärungsrate liegt bei acht Prozent. 2019 wurden 237 Warnungen zu Angriffen auf die Pressefreiheit von der Nationalen Autonomen Universität Honduras registriert, in acht Fällen endete es tödlich für die Journalisten. Die Ermordung der international bekannten Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres im März 2016 brachte die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger und Journalisten in Honduras kurzzeitig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Bis heute kommt der Staat seiner Verpflichtung nicht nach, Gewalt gegen Journalisten zu verhindern. Schlimmer noch, oftmals geht sie sogar von ihm selbst aus. 20 Mitarbeiter von Radio Progreso und der Stiftung ERIC wurden vom Interamerikanischen Menschenrechtssystem unter Schutz gestellt, da sie in den vergangenen zehn Jahren Morddrohungen erhielten.

Das Interamerikanische Menschenrechtssystem besteht aus der Interamerikanischen Menschenrechts-

kommission in Washington und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica und unterstützt Lateinamerikaner, deren Rechte vom Staat verletzt werden.

„Es ist gut, dass wir auf dem Papier diesen Schutz erhalten, dass es gesehen wird. Aber im Alltag bringt mir das gar nichts. Ich und auch meine Freunde und Verwandte werden weiterhin bedroht und verfolgt“, sagt Leticia Castellanos. Seit 17 Jahren arbeitet die Journalistin bei Radio Progreso. Seit 2017 moderiert sie die Morning Show hinter einer schuss sicheren Scheibe. Damals war auf die Moderatoren geschossen worden. „Bis heute stehen regelmäßig vermummte Gestalten mit Waffen vor dem Gebäude, an manchen Tagen auch das Militär“, erzählt Leticia Castellanos. Sie zielen auf den Sender, halten Autos an, verfolgen Mitarbeiter. Seit Jahren verlässt Leticia abends nicht mehr das Haus, tagsüber geht sie nie allein. Doch das ist nicht so einfach. Freunde und Kollegen wollen sie nicht mehr zur Arbeit mitnehmen, nachdem sie wegen ihr bedroht und verfolgt wurden. Leticia hat einen jugendlichen Sohn, ihre Eltern bekommen regelmäßig Drohanrufe.

„Meinungsfreiheit in einem Land auszuüben, das wie eine Diktatur regiert wird, ist eine tägliche Aufgabe und Herausforderung“, erklärt Padre Melo. Immer wieder betont er, dass Politik und Wirtschaft in Honduras eng verstrickt seien mit der Drogenkriminalität. Seit dem letzten Staatsstreich vor zehn

Unten:
Lety Castellanos
im Studio von
Radio Progreso.



Jahren ist die Situation der Journalisten in Honduras noch einmal schlimmer geworden. Hinter dem Putsch stand eine Allianz rechter Unternehmer und Offiziere, die fürchteten, der damalige linke Präsident Manuel Zelaya bringe das Land ins Fahrwasser des linkspopulistischen Venezuela. Seitdem wird Honduras diktatorisch regiert, seit 2014 von Juan Orlando Hernández, der sich entgegen der Verfassung und mit Wahlbetrug im Amt gehalten hat, und dessen Bruder 2019 in den USA wegen Drogenhandels verurteilt wurde. „Zur-



zeit ist es besonders gefährlich für die Journalisten von Radio Progreso, denn die Regierung möchte um jeden Preis an der Macht bleiben und wird alles dafür tun – auch ungeliebte Journalisten ausschalten“, sagt Leticia.

Acht von zehn Honduranern erkennen die Regierung nicht an und verlangen den Rücktritt des Präsidenten: „Fuera JOH“. Seit Jahren schwellen in Honduras die Proteste immer wieder an und ab. Gute Bildung und Gesundheitsversorgung sind nur einer kleinen reichen Elite vorbehalten. Der Großteil der Bevölkerung wird von der Regierung unterdrückt und lebt in extremer Armut. Jeden Tag verlassen deswegen rund 200 Honduraner unter 30 Jahren das Land Richtung Norden, Richtung USA. Die meisten von ihnen kommen aus ländlichen Gebieten.

MOTIVATION: NÄCHSTENLIEBE

Radio Progreso ist ihre Stimme. „Und wir geben ihnen durch unsere Analysen und Nachrichten die Möglichkeit, sich ihre eigene Meinung zu bilden, eigene Entscheidungen zu treffen, Protagonisten in ihren Gemeinden zu werden und für einen Wandel

zu kämpfen“, sagt Leticia, in der Glücksgefühle aufsteigen, wenn sie die Radiokabine betritt – mögen die Nachrichten auch noch so schlecht sein. Der Kontakt zu den Menschen ist ihre größte Motivation. Von Informanten, deren Identität die Journalisten schützen, erfahren sie, was in den verschiedenen Regionen und vor allem in den abgelegenen Gebieten auf dem Land passiert. Regelmäßig besuchen sie selbst die Gemeinden, um sich über die Situation zu informieren, Informanten und Hörer zu treffen, Workshops zu veranstalten oder über Aktuelles zu berichten. Wenn die Menschen sich unsicher oder bedroht fühlen, rufen sie Radio Progreso.

„Wir sind wie Brüder und Schwestern. Ich bin glücklich, wenn sie mich umarmen und ich sie umarmen kann. Die Hörer, die ich seit Jahren begleite. Diese Freude im Gesicht und dieses Vertrauen, wenn sie uns zu sich nach Hause einladen und schon frischgebackenes Brot und Kaffee bereitstehen, egal wie arm sie sind,“ zum ersten Mal an diesem Tag erscheint ein breites Lächeln auf Leticias Gesicht. „Sie geben mir Hoffnung. Trotz der großen Schwierigkeiten in unserem Land, gibt es noch so viel Solidarität und Freude.“

FAZIT: SCHUTZLOS

Da sich keine Begleitung fand, ist Lesly doch wieder allein mit ihrem Roller zum Protest gefahren. Angst? Ja. Aufgeben? Nein. „Klar, ich könnte das Land verlassen. Ich würde auch Unterstützung bekommen von internationalen Organisationen, die Radio Progreso nahe stehen, aber ich bin davon überzeugt, dass ich hier meinem Land mehr nutze – und auch meiner Familie.“ Leslys Vater lebt als Migrant in den USA. Ihre ältere Schwester musste auch gehen, weil ihr jugendlicher Sohn von kriminellen Jugendbanden erpresst wurde, sich ihnen anzuschließen. Auch ihre jüngere Schwester möchte weg, sie findet in Honduras keine Arbeit. Leslys Familiensituation steht exemplarisch für die der meisten Honduraner. „Honduras ist durch die Gewalt bekannt geworden, aber uns wird Gewalt angetan durch Korruption, Straflosigkeit und extreme Armut.“

Sie schiebt ihren Roller hinter eine Hecke, holt das Mikro aus der schwarzen Umhängetasche und atmet tief durch. „Ich bin Journalistin in einem Land, in dem alle 13 Stunden eine Frau ermordet wird. Wir werden noch mehr eingeschüchtert als unsere männlichen Kollegen.“ Wie also schützt sie sich heute? „Was für eine Frage“, sagt Lesly. „Es gibt keinen Schutz.“ ←

Rechts: Padre Melo bei einer Messe im Bergdorf San Luis Planes. Jeden Morgen betet er dafür, dass der aktuelle Präsident gestürzt wird.

Stimme gegen die Ungerechtigkeit

Padre Ismael Moreno Coto ist bekannt dafür, dass er sich gegen die Ungerechtigkeiten in Honduras einsetzt und die Menschen zum Widerstand mobilisiert. Für sein Engagement wurde er bereits im Ausland ausgezeichnet. In seinem eigenen Land wird er bedroht, verfolgt und angegriffen. Der Jesuitenpater ist der Direktor von Radio Progreso und der Sozialforschungsfoundation ERIC (Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación). Christina Weise hat mit ihm gesprochen.

Wie kam es dazu, dass Sie als Priester einen Radiosender leiten?

Mir war es immer schon wichtig, mich sozial zu engagieren. Mein Vorbild ist der salvadorianische Jesuitenpater Rutilio Grande, der 1977 ermordet wurde, weil er sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Landarbeitern und Kleinbauern einsetzte. Ich kam hierhin, um die Sozialforschung und Analysen zu unterstützen, aber ich hätte nie gedacht, dass ich eine eigene Radiosendung bekomme. Dafür bin ich eigentlich viel zu schüchtern und ich habe auch keine tolle Stimme. Als Kind habe ich gestottert. Interviews machen mich immer noch nervös. Aber ich mache weiter und setze meine Stimme für diejenigen ein, die keine haben.



Warum spielt das Radio so eine große Rolle in Honduras?

In Honduras haben wir eine orale Kultur. Die Leute hören lieber als zu lesen. Viele können auch nicht gut lesen. Man sieht es besonders in den ländlichen Gemeinden, wo es kaum Fernseher gibt: Das Radio ist hier ständiger Begleiter der Menschen, auch bei der Feldarbeit. Und vor allem: Radio ist Imagination. Wunderbar!

Das Leben in Honduras ist geprägt von Ungerechtigkeiten. Sie und Radio Progreso positionieren sich dagegen.

Würden wir nur religiöse Musik spielen und dazu aufrufen für die Armen zu spenden, hätten wir kein Problem. Wir würden von der Regierung sogar mit Preisen ausgezeichnet. Aber die Räume für diejenigen, die kritisch berichten, werden immer enger. Das spaltet die Journalisten in zwei Gruppen: Die größere Gruppe unterstützt die Regierung und erhält daraufhin Werbeaufträge – die Mehrheit der Honduraner nutzt nur diese Medien. Auf der anderen Seite stehen die wenigen unabhängigen Medien, die keine Unterstützung erhalten, stattdessen Drohungen. Nichtkonforme Journalisten werden vom Staat überwacht, ihre Ausrüstung wird beschlagnahmt oder, wie es bei uns 2017 geschah, Übertragungsstationen sabotiert. Die Bevölkerung leidet unter den Folgen dieser korrupten und kriminellen Regierung und wir bei Radio Progreso haben die Aufgabe, die Opfer zu verteidigen. Ich bewundere meine Mitarbeiter, die für ein sehr geringes Gehalt oder sogar ehrenamtlich ihr Leben für die gute Sache riskieren.

Wie sieht Ihr Blick in die Zukunft aus?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Zukunft besser wird, dass die Zeit der Diktatur endet, dass wir zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren, um freie Wahlen garantieren zu können. Aber dafür müssen wir uns einsetzen, auf die Straße gehen, trotz der Gefahren, und zeigen, dass wir die aktuelle Situation nicht akzeptieren.

ADVENIATPROJEKT

Demokratie und Menschenrechte

Wenn Sie Adveniat dabei helfen möchten, Demokratie und Menschenrechte in Lateinamerika zu fördern, dann füllen Sie bitte die Einzugsermächtigung auf der letzten Heftseite aus (Stichwort: Frieden und Menschenrechte), oder überweisen Sie Ihre Spende direkt auf das Adveniat-Konto bei der Bank im Bistum Essen: IBAN DE03 3606 0295 0000 0173 45, BIC GENODED1BBE
Weitere Infos über die Adveniat-Projekte auf www.adveniat.de

¡Muchas gracias!

THRILLER ÜBER HONDURAS

„Die Aktivistin“

„Die Straße, die zu ihrem Dorf führte, war zu einer vierspurigen Autobahn ausgebaut worden, die frischen weißen Streifen auf dem Asphalt blendeten im Sonnenlicht.“ Schon der erste Satz des Romans zeigt: Nichts ist mehr, wie es war. Als der Deutsche Ulrich Ende Mai 2019 nach zwei Jahren wieder zurück nach Honduras kommt, erkennt er seinen ehemaligen Arbeitsort kaum wieder. Das Dorf „El Triunfo“ an der Atlantikküste, mit dem er besonders schöne Erinnerungen verbindet, ist Teil der Modellstadt „La Victoria“ geworden. Solche Modellstädte oder „Sonderentwicklungszonen“ sind ökonomisch-politische Projekte, die in Honduras nach dem Putsch 2009 von der nachfolgenden rechtskonservativen Regierung initiiert wurden. Sie sind staatsähnliche Konstrukte innerhalb souveräner Staaten. Für die hier tätigen Unternehmen existiert eine weitgehende Steuerbefreiung, sie haben administrative und auch legislative Befugnisse.



Jutta Blume.
Foto:
grafit Verlag

Ulrich, der für die „Deutsche Gesellschaft“ in Bonn arbeitet, kommt privat nach Honduras. Die neuen Entwicklungen überraschen ihn. Zuletzt hat er sich nicht viel mit dem Land beschäftigt, seine Urlaubsreise hat er spontan aus einer Laune heraus gebucht. Er möchte Jessica treffen, mit der er eine kurze, intensive Affäre hatte, als er noch in Honduras im Einsatz war. Doch Ulrich muss feststellen, dass die junge Frau, eine politische Aktivistin aus der afroindigenen Gemeinschaft der Garífuna, spurlos verschwunden ist. Niemand in ihrer Heimat „El Triunfo“ will über sie reden.

Dann wechselt die Perspektive und der Leser erfährt aus Jessicas Sicht, was passiert ist. Perspektiv- und Zeitsprünge machen diesen Roman interessant und kurzweilig. Auch der Leser muss kombinieren, weiß aber mehr als die Protagonisten, und kann so das große Ganze erfassen. Spannend wird es, als noch eine dritte Perspektive hinzukommt: die von Amaris, einer

US-amerikanischen Republikanerin, die dem internationalen Expertenkomitee von „La Victoria“ angehört, einer Art Verwaltung und Kontrollinstanz der Modellstadt, das die Einheimischen zum Verkauf ihrer Grundstücke zwingt.

Der Autorin gelingt es, die komplizierten politischen Strukturen und die verschiedenen machtpolitischen Akteure in ihrer Verflechtung abzubilden, den Leser aber nicht zu verwirren. Der Thriller zeigt, an welche Grenzen deutsche Entwicklungshilfe stößt und wie wichtig unabhängige Medien und Journalisten sind. Radio Progreso, unabhängiger Radiosender und Projektpartner des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, spielt dabei auch eine Rolle. „Radio Progreso hat versprochen, dieses Programm auszustrahlen, und wir hoffen, dass sie nicht einmal mehr von Militärs besetzt worden sind. Die Wahrheit ist unerwünschter denn je in diesem Land ...“, lässt die Autorin den Moderator eines Lokalsenders sagen.

Jutta Blume hat einen interessanten und packenden Thriller geschrieben, dessen Ende leider etwas zu schnell und trivial ausfällt. Lesenswert ist er dennoch, auch deshalb, weil er in einem Land spielt, das in den deutschen Medien kaum Beachtung findet, in der deutschen Literatur noch weniger. Jutta Blume lebt als freie Journalistin und Autorin in Berlin, sie ist aktiv im Menschenrechtskollektiv für Honduras CADEHO. Ein wichtiger Fokus ihrer Arbeit liegt auf den sozialen Bewegungen in Zentralamerika.



Jutta Blume
„Die Aktivistin“
grafit Verlag
416 Seiten
EUR 12,00 – E-Book EUR 9,99
ISBN 978-3-89425-595-4
Erscheinungsdatum:
10/2019

Verlierer der Corona-Krise: Argentiniens Arme

ADVENIAT LEISTET LEBENSMITTEL-NOTHILFE

TEXT: VICTORIA EGLAU, FOTOS: JOSEFINA GONZÁLEZ

Mit einem langen Holzlöffel rührt Bety Zarza in einem Topf, der ihr bis zur Hüfte reicht. Er steht über einer Feuerstelle neben der Capilla San Roque González de Santa Cruz, der kleinen Kirche des Armenviertels 18 de Julio, eine Autostunde vom Zentrum der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires entfernt. Es ist noch früh, und die ehrenamtlichen Helferinnen der Gemeinde, zu denen auch Bety Zarza gehört, arbeiten auf Hochtouren. Mehr als vierhundert Portionen Eintopf sollen in zwei Stunden fertig sein. Wegen der Quarantänepflicht können 450 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung nicht mehr arbeiten und sind auf Nahrungsmittel-Hilfen angewiesen.



„Die Leute aus diesem Viertel sind Bauarbeiter oder Hausangestellte. Aber im Moment steht alles still und es gibt keine Arbeit für uns“, erzählt Bety Zarza, die in der Gemeinde ehrenamtlich als Katechetin engagiert ist. Wie fast alle Einwohner der Siedlung 18 de Julio ist sie vor vielen Jahren aus Paraguay eingewandert. Die Ausgangsbeschränkungen in Argentinien gelten seit dem 20. März und sind bisher nur in kleinen Schritten

gelockert worden. Der frühen Reaktion der Regierung ist es zu verdanken, dass die Pandemie hier bislang wesentlich glimpflicher verlaufen ist als in vielen anderen Ländern. Aber die Argentinier leiden unter dem Stillstand ihrer ohnehin krisengeplagten Wirtschaft – und die Menschen aus den Armenvierteln trifft die Corona-Krise besonders hart. Der Andrang auf die Armenküchen ist in den letzten Wochen landesweit in die Höhe geschneilt. →

Ehrenamtliche bereiten in der Armensiedlung 18 de Julio das Mittagessen vor.

„Es gibt Leute, die sich mittags ihre Portion abholen und dann bis zum nächsten Tag nichts mehr zu essen haben“, erzählt Bety Zarza. Auch sie arbeitet normalerweise als Haushaltshilfe und darf jetzt wegen der Quarantäne die Siedlung nicht verlassen – ihre ganze Energie steckt die Vierzigjährige derzeit in die Hilfe für die Bedürftigen. Besorgt und nervös seien die Menschen im Viertel, sagt Bety. Zwar gibt es hier bislang



Bety Zarza ist ehrenamtliche Helferin und Katechetin.

keine Coronavirus-Infektionen, aber die Existenzängste sind groß. „Wir konzentrieren momentan alle unsere Kräfte auf die Nahrungsmittel-Hilfen“, betont die Caritas-Direktorin der Diözese Merlo-Moreno, Rosa María López. Sie schaut an diesem Vormittag in der Siedlung 18 de Julio vorbei und begrüßt die Ehrenamtlichen nicht wie sonst mit einem Wangenkuss, sondern durch ein freundliches Anstupsen von Ellbogen zu Ellbogen. 46 Armenküchen in Moreno und Merlo unterstützt die Caritas zurzeit mit Lebensmitteln. An dieser dringend notwendigen Hilfe beteiligt sich das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat mit 14.600 Euro.

Die Siedlung 18 de Julio heißt schlicht nach dem Tag ihrer Gründung: An einem 18. Juli vor rund zehn Jahren ließen sich die ersten Menschen auf dem brachliegenden Stück Land in Moreno nieder. Sie alle waren Einwanderer aus Paraguay. Heute säumen einfache, kleine Häuser die matschigen Wege des Viertels – einige verputzt, andere aus nacktem Ziegelstein. Die Bewohner haben sie mit eigenen Händen gebaut, genauso wie ihre Kirche, vor der eine Statue der in Paraguay verehrten Jungfrau von Caacupé steht.

Die Caritas Merlo-Moreno verteilt die Lebensmittel, die sie für die Armenküchen kauft, mit einem Lieferwagen. Auch dessen Anschaffung hat Adveniat 2013 mitfinanziert. Mit diesem Fahrzeug geht es nun in die Nachbarsiedlung – im Schrittempo, weil die unbefestigten Straßen vom Regen aufgeweicht sind. Immer wieder muss Caritas-Mitarbeiterin Marisa Martínez, die am Steuer sitzt, den Wagen durch riesige Pfützen manövrieren. Immerhin: Dass es überhaupt so etwas wie Straßen in den Armenvierteln gebe, sei den Bewohnern zu verdanken, und nicht dem Staat, sagt die zierliche Frau, die bei der Diözese angestellt ist. Krankenwagen fahren dennoch nicht ins Viertel. Wer rasch ärztliche Hilfe benötigt, hat ein Problem.

Marisa Martínez ist von früh bis spät für die Armenküchen im Einsatz. Sie arbeitet eng mit den vielen Ehrenamtlichen zusammen, von denen die meisten Frauen sind. „Was diese Menschen uns beibringen, ist mehr als das, was wir ihnen geben können“, sagt Marisa. Immer wieder ist sie überrascht über die Kraft, mit der die Bewohner der Armenviertel sich organisieren und gegenseitig unterstützen. „Vielleicht hat es etwas mit ihrer Entwurzelung zu tun. Diese Menschen haben ihre Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen – um in ein Land zu kommen, das ihnen auch keine großen Möglichkeiten bietet.“

ZUR ARBEITSLOSIGKEIT VERURTEILT

Graciela González aus der Siedlung 8 de Diciembre ist überzeugt davon, dass ihre Entscheidung, nach Argentinien auszuwandern, richtig war. „Wenn man hier vorankommen will, hat man Möglichkeiten. Es gibt mehr Jobs als in Paraguay“, sagt die Mutter von fünf Kindern. Doch im Moment sind die meisten Bewohner des Viertels zur Arbeitslosigkeit verurteilt. In der Gemeinschaftsküche Comedor San Francisco gibt Graciela González gemeinsam mit anderen Ehrenamtlichen täglich 250 warme Mahlzeiten aus.

Schon vor der Pandemie kochten die Frauen mit Unterstützung der Caritas Merlo-Moreno für besonders bedürftige Nachbarn, doch seit Beginn der Quarantäne kommen weitaus mehr hungrige Menschen. „Wir bräuchten eigentlich das Doppelte der Lebensmittel, die wir zur Verfügung haben“, sagt die freiwillige Helferin Laura Godoy. Nachmittags verteilt sie einen Becher Milch und einen Snack an die Kinder des Viertels. Vor der Corona-Krise bewirtete die Paraguayerin 120 Kinder, jetzt sind es dreihundert.

Juan Olivera, Gemeindepfarrer aus Moreno, in dessen Einzugsgebiet die Siedlungen 8 de Diciembre und 18 de Julio liegen, blickt besorgt in die Zukunft. „Zwar vertrauen wir darauf, dass diese Pandemie vorübergeht“, sagt der Geistliche, „aber es kann lange dauern, bis es in unserem Land wieder genügend Arbeitsmöglichkeiten gibt. Und die Menschen aus den Armenvierteln sind das letzte Glied in der Kette. Denn auch die Mittelklasse hat jetzt weniger Geld, um Leute zu beschäftigen.“ Padre Juan rechnet mit einem Anstieg der Armut, die in Argentinien bereits vor der Pandemie hoch war: Offiziellen Statistiken zufolge überschritt sie im vergangenen Jahr die 35-Prozent-Marke.



Dass sich das Coronavirus in den Armenvierteln ausbreiten könnte, wo die Wohn- und Hygieneverhältnisse prekär sind, war von Anfang an eine große Sorge in Argentinien. Wenn viele Menschen in engen Behausungen zusammenleben, ist Social Distancing kaum praktikabel. In der ersten Maiwoche erhöhte sich die Zahl der Corona-Fälle in den Armenvierteln von Buenos Aires auf fast

vierhundert, es gab mehrere Todesfälle und die Armenpriester der argentinischen Hauptstadt schlugen Alarm: Es fehle an Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser, der Staat müsse mehr Präsenz zeigen.

VOM STAAT VERLASSEN

In der Vorort-Diözese Merlo-Moreno findet der italienische Pfarrer Renato Maizza deutliche Worte: Die Armensiedlung, in der er als Seelsorger im Einsatz ist, sei „vom Staat verlassen“. Es gebe weder ausreichend öffentliche Verkehrsmittel noch sei die Polizei für die

In der Siedlung 18 de Julio wird das Mittagessen vorbereitet.

Bewohner da, die häufig Opfer von Überfällen würden. Der Priester übt auch Selbstkritik: Die Kirche habe sich lange Zeit nicht genug um das Viertel gekümmert. Doch seit einem Jahr leiste sie sehr viel mehr soziale Unterstützung. Und jetzt, in Corona-Zeiten, versorgt Renato Maizza gemeinsam mit Ehrenamtlichen aus der Siedlung fast zweihundert Menschen täglich mit einem warmen Mittagessen. ←

Bilder als Brücke zwischen den Welten

MIT DER KAMERA BEI DEN FARC-REBELLEN

INTERVIEW: MARIANA DELGADO UND FELIX WELLISCH, FOTOS: FEDERICO RIOS ESCOBAR

Vor vier Jahren hat die kolumbianische Regierung mit der Rebellengruppe Farc (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) einen historischen Friedensvertrag unterzeichnet, um den jahrzehntelangen Bürgerkrieg zu beenden. Der Fotograf Federico Rios Escobar hat die Farc-Rebellen während der Entwaffnung begleitet. Ein Gespräch über Bilder als Brücke zwischen den Welten und darüber, wieso der Frieden in Kolumbien so schwer zu erreichen ist.

Deine Fotos zeigen den Alltag der kolumbianischen Farc-Guerilla. Was sagen die Rebellen selbst zu den Bildern?

Manchen gefallen die Fotos, anderen nicht – aber auch die sagen meistens: Ja, so war es, das ist eben der Krieg. Für meine Aufenthalte bei der Farc hatte ich immer klare Regeln gesetzt: Ich werde die Wahrheit nicht verzerren oder Lügen erzählen. Dafür darf ich fotografieren, wo ich möchte. Über die Jahre habe ich das Vertrauen der Rebellen gewonnen und ich habe mich bei der Arbeit nie bedroht oder in Gefahr gefühlt.



Oben:
Viele Kämpfer haben ihre Waffen individuell verziert.

Deine Bilder sind heute weltweit bekannt. Wie kamst du mit der Fotografie in Berührung?

Mein Vater kommt aus einer armen Bauernfamilie, aber er hat es auf die Universität geschafft und ist 1979 mit einem Stipendium nach Ägypten gegangen. Das war damals in Kolumbien ungefähr so, als wäre er zum Mond geflogen. Er nahm eine Kamera mit und als er zurückkam, hingte er im Wohnzimmer Fotos auf. Mein Papa auf einem Kamel, mein Papa an den Pyramiden. Damals habe ich verstanden, dass Bilder den Menschen Dinge zeigen können, die sie sonst nicht verstehen würden.

2016 schloss Kolumbien einen Friedensvertrag mit der größten Guerillagruppe, der Farc. Du hast die Kämpfer auf ihrem Weg ins zivile Leben fotografisch begleitet. Wie hast du den Friedensprozess erlebt?

Als die Farc sich entschlossen, ihren Kampf nach 56 Jahren demokratisch und als Partei im Parlament weiterfüh-



ren zu wollen, hat mich das tief bewegt. Ich fotografiere schon seit vielen Jahren die Guerilla, aber ich identifiziere mich nicht mit ihrer Idee, ein Ziel mit Waffen zu erkämpfen. Ich habe mich nie so unbeschwert durch Kolumbien bewegen können wie nach 2016. Die Farc war dabei, ihre Waffen abzugeben. Die ELN (Ejército de Liberación



Nacional), die zweitgrößte Guerillagruppe, musste sich neu aufstellen, und die bewaffneten rechten Gruppen der Paramilitärs waren geschwächt. Aber seit der neue Präsident Iván Duque 2018 die Zugeständnisse an die Farc wieder in Frage gestellt hat, ist die Angst zurück. 2019 wurden in Kolumbien die meisten Morde seit 15 Jahren begangen. Duque hat uns um Jahre zurückgeworfen und wenn sich nichts ändert, geht dasselbe Spiel von vorne los.

Was müsste sich ändern?

Die Abwesenheit und das Desinteresse des Staates müssen aufhören. Ein Beispiel: In einem Dorf, in dem ich fotografiert habe, gab es mal einen Streit zwischen zwei Familien um eine Grundstücksgrenze. Einer ritt zur Polizei in die nächste Stadt – zwei Tage auf einem Esel. Die Polizisten haben nicht einmal verstanden, von welchem Dorf er sprach. Sie wollten, dass er sein Anliegen schriftlich einreichte, obwohl der Mann nicht schreiben konnte.

Als er zurück ins Dorf kam, ging er zu den Farc-Rebellen, die den Streit letztlich geschlichtet haben. Und das zieht sich durch alle Bereiche: Bildung, Gesundheit, Bürgerrechte – der Staat kümmert sich an vielen Orten nicht darum.

Was bedeutet das für den Friedensprozess?

Die stärkste Waffe der Guerillagruppen ist die Unterstützung, die sie in den Gemeinden auf dem Land haben. Leute aus der Stadt glauben oft, dass die Landbevölkerung in Angst vor der Guerilla lebt. Das ist Unsinn. Als die Entwaffnung der Farc-Rebellen begann, kamen in einem Dorf Bauern auf mich zu und wollten wissen, ob ich auch Kontakte zur ELN hätte. Ich sollte sie bitten, in ihr Dorf zu kommen, wenn die Farc sich zurückziehen würden. Das klingt paradox, aber die Guerilla erfüllt an vielen Orten die Rolle des Staates, kümmert sich um Polizeiaufgaben und darum, wer wie viel Holz aus dem Wald nehmen darf. →

Homeoffice im Untergrund.



Links: Viele Farc-Mitglieder haben den größten Teil ihres Lebens im Untergrund verbracht.

Rechts oben: Das Operationsgebiet der Farc ist oft schwer zugänglich.

Rechts unten: Ein Pärchen von Farc-Rebellen im Regenwald.

Die Ausstellung „Die Tage nach einem endlosen Krieg“ (Los días póstumos de una guerra sin final) war im März 2020 in Bogotá in der Galerie „Bandy Bandy“ zu sehen. Gezeigt wurden Bilder aus mehreren Camps der Farc-Guerilla während der Friedensverhandlungen 2016. Im Juli sollte die Ausstellung in Paris gezeigt werden. Der Ausstellungstermin wird wegen der Corona-Pandemie verschoben.

Wie hat diese Erfahrung deine Sicht auf die Guerilla geprägt?

Auch mich hat das bei meiner Arbeit nicht unberührt gelassen: Kämpfer zu sehen, die eine Schule für die Gemeinde oder eine Dorfstraße bauen, Kämpferinnen, die ihre Kinder im Dschungel aufziehen. Ich denke nicht, dass die Guerilla etwas Gutes ist, und ich bin gegen Waffen, egal zu welchem Zweck. Aber die Darstellung

der politisch Rechten, dass die Guerilla an allem schuld sei, ist eine einseitige Sicht und macht uns blind für die echten Probleme. Solange der Staat sich nicht um die Menschen kümmert, wird sich nichts ändern.

Mit welchem Vorurteil würdest du gerne aufräumen?

Dass die einfache Bevölkerung in den von der Guerilla dominierten Gebieten mit dem Drogenanbau das große Geld verdient. Ein Koka-Bauer verdient laut dem Drogenbeauftragten der Vereinten Nationen umgerechnet etwa 180 Dollar im Monat. Dafür arbeitet die ganze Familie, oft auch die Kinder. In Bogotá stellen sich viele vor, dass diese Bauern Millionäre seien und einen Whirlpool im Garten hätten. Tatsächlich können sie sich nicht mal ein richtiges Paar Gummistiefel leisten. Wenn diese Bauern für den selben Gewinn Kakao anbauen könnten, würden sie es sofort tun.

ADVENIATPROJEKT

Frieden in Kolumbien

Als Koordinator der vom Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat unterstützten Nationalen Versöhnungskommission in Kolumbien begleitete der Claretinerpater Darío Echeverri die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der linken Farc-Guerilla in Kubas Hauptstadt Havanna.

Vor allem das nach fünf Jahrzehnten Bürgerkrieg allgegenwärtige Misstrauen gelte es zu überwinden, sagt Padre Darío Echeverri. Denn auch nach der Unterschrift unter das Friedensabkommen sind die Gräben nicht verschwunden. Bis zu einer echten Versöhnung ist es noch ein weiter Weg. „Die katholische Kirche kann dem Land einen Dienst erweisen, indem wir auf der Basis des Evangeliums zur Versöhnung aufrufen. Dabei müssen wir zuallererst auf die Opfer schauen – das ist der Imperativ unserer Arbeit.“



Claretinerpater Darío Echeverri.

Was willst du mit deiner aktuellen Ausstellung: „Die Tage nach einem endlosen Krieg“ erreichen?

Diese Bilder in Bogotá auszustellen, ist für mich etwas Besonderes, weil viele Menschen gar nicht wissen, wie es in ihrem eigenen Land aussieht. Ich hoffe, dass meine Bilder ein Fenster sind, eine Brücke zwischen den Welten. Die Betrachter sollen sehen, wie das ganz normale Leben der Kämpfer ausgesehen hat. Sie sollen verstehen, was für eine Bedeutung es hat, dass diese Menschen ihre Waffen abgegeben haben, um den Schritt in ein ziviles Leben zu wagen. Und wie wichtig es ist, dass wir unsere Versprechen ihnen gegenüber jetzt halten. Meine Fotos sind nicht die einzige Wahrheit, aber sie sind ein Puzzlestück im gesellschaftlichen Dialog. Und den brauchen wir in Kolumbien dringend. Erst wenn die Leute verstehen, was in den Gebieten der Guerilla passiert, können sie auch über Lösungen nachdenken. ←

Unterstützen Sie die Friedensarbeit in Kolumbien! Informationen und Spendenmöglichkeiten finden Sie unter
→ www.adveniat.de/friedenjetzt

Teil des Friedensprozesses ist ein Gesetz, das Entschädigung und Wiedergutmachung leisten soll. Vor allem aber bräuchten die Opfer eine Entschuldigung, sagt Padre Darío. Zudem müsse dringend die offene Landfrage gelöst werden. Noch immer besitzen in Kolumbien einige wenige sehr viel Land, der Großteil der Bevölkerung aber gar nichts. Padre Darío sieht hierin die Basis aller sozialen Konflikte und damit des bewaffneten Kampfes. Er ist überzeugt: „Ohne dieses Problem zu lösen, kann es keinen Frieden und keine Versöhnung geben.“

Nirgendwo sicher – Migranten sitzen fest

DIE USA SCHAFFEN WEGEN CORONA DAS ASYLRECHT AN DER MEXIKANISCHEN GRENZE AB

TEXT: KATHRIN ZEISKE, FOTO: CAROLINA ROSAS HEIMPEL

Die Herberge ganz im Süden ist eine von vielen in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez. Zwei Dutzend Menschen leben hier in kleinen unverputzten Häusern auf einem großen Gelände am Hang, das bis auf ein paar wenige Bäume und Gebäude brachliegt. Sie sind im letzten Sommer aus Guatemala, Honduras und El Salvador eingetroffen. Padre Carlos „Karl“ Quevedo fühlt sich mit den Menschen hier verbunden. Der Pfarrer der Gemeinde Nuestra Señora de la Esperanza in der Colonia Tierra Nueva kennt alle ihre Geschichten, wie sie über Nacht fliehen mussten, vor den Jugendbanden, vor den Kartellen. Sie haben ihm von den Drohungen berichtet – Nachrichten, unter der Tür durchgeschoben, dass, wer die willkürlich erhobene und erhöhte „Kriegssteuer“ nicht zahle, seine Familie in Einzelteilen vor die Tür gelegt bekomme. Jahrelang hat der Claretinerpater selbst in Guatemala gelebt, er kennt das Parallelregime der Jugendbanden in den marginalisierten Vierteln. Deshalb versteht er auch, dass die Familien nicht zurückkehren können. Auch wenn US-Präsident Trump nun behauptet, dass es in den Vereinigten Staaten kein Asyl mehr geben wird. Für niemanden.

Links: Migranten aus Mittelamerika haben die Grenze immer im Blick.

Rechts oben: Grenzkontrolle mit Fiebermessung.

Rechts unten: Geschlossene Grenze in Ciudad Juárez.



Schon Anfang 2019 zwang er die mexikanische Regierung, Asylsuchende mit Ziel USA bis zum Ende ihres Verfahrens in Mexiko aufzunehmen. An der Grenze können sich Geflüchtete seitdem nur noch auf einer Liste eintragen, eine erste Befragung zu „begründeter Angst“ absolvieren und im besten Falle anschließend ihre Gerichtstermine abwarten. „Alle Familien hier stehen auf dieser Liste“, erzählt Padre Karl. Morgen wird er mit einigen von ihnen zur nahen Grenzbrücke Zaragoza fahren, um neue Gerichtstermine zu beantragen, „denn im Augenblick läuft gar nichts mehr.“ Präsident Trump hat in der Coronakrise das Asylrecht praktisch ausgesetzt. Seine Vorstellungen von

Migration hat er seit dem 20. März, dem Beginn des Ausnahmezustands, im Eilverfahren umgesetzt.

Die rund 1.500 Geflüchteten, die auf ein Asylverfahren in El Paso warten, hatten sich bereits mit einer monatelangen Wartezeit in Ciudad Juárez abgefunden. „Jetzt weiß niemand zu sagen, ob es nicht für immer ist.“ Zwischen Brille und Mundschutz hindurch blickt der Padre über die weite Ebene. Nur die ersten Häuserzeilen und die Felder dahinter gehören noch zu Mexiko. Dahinter erstreckt sich Texas mit seinen Wassertürmen und Schnellstraßen über den Horizont. Die Gemeinde auf mexikanischer Seite, zu

der die kleine Migrantenherberge gehört, hat keinen guten Ruf. Banden kontrollieren sie und im angrenzenden Juáreztal werden Menschen und Drogen über die Mauer aus rostbraunen Stahlstreben in die USA geschmuggelt. Die Geflüchteten sind vielen Gefahren



ausgesetzt. Doch wenigstens auf dem Kirchengelände sind die Menschen sicher. „Fast alle Erwachsenen haben Arbeit gefunden. Bis viele Geschäfte wegen der Coronakrise schließen mussten.“ Langsam geht Padre Karl zur Kapelle hoch, ein schnörkelloser Kasten im Rohbau mit einem Kreuz aus Neonlicht. Er schaltet das Licht an, in zehn Minuten beginnt die Messe.

Auch in der städtischen Herberge für aus der USA abgeschobene unbegleitete Jugendliche fehlt den Jungen und Mädchen jegliche Zukunftsperspektive. Der Angestellte sucht auf Netflix nach geeigneten Filmen für die anwesenden Jugendlichen. Manchmal bestellt er ihnen Pizza von seinem eigenen Geld, um das endlose Warten ein bisschen erträglicher zu machen. Viele der Jugendlichen waren monatelang in Kinderheimen in den USA auf sich allein gestellt. Die US-Grenzpolizei hatte sie von ihren Familien getrennt, als diese sich direkt nach dem Grenzübertritt den Beamten stellten, um Asyl zu beantragen. Einigen steht die Angst ins Gesicht geschrieben, wie auch der 15-jährigen Abigail*. Ein Bandenchef hatte sie in ihrer guatemaltekischen Herkunftsstadt Escuintla zu seiner Freundin gemacht. Anfänglich noch von seinem Auftreten und seinem Geld eingenommen, begriff sie bald, dass sie an seiner Seite in Todesgefahr schwebte. Ihr gelang die Flucht durch Mexiko bis in die USA. Doch die US Border Patrol fand ihre Asylgründe nicht ausreichend. Nun ist Abigail auf dem Rückweg zu einem Ort, der ihr keine Sicherheit bieten kann.

Seit Januar haben die Vereinigten Staaten 15.000 Menschen nach Guatemala abgeschoben, darunter 1.500 Minderjährige. Der guatemaltekische Gesundheitsminister Hugo Monroy bezeichnete die USA kürzlich als das „Wuhan der Americas“, nachdem auf einem Flug 75 Prozent der Abgeschobenen mit einer SARS-CoV-2-Infektion zurückkehrten. Diese müssen in ihrer Heimat nicht nur mit der Erkrankung, sondern auch mit Ablehnung und Diskriminierung fertig werden. Nichtregierungsorganisationen forderten unterdessen die Schließung der überfüllten Abschiebegefängnisse. Die größten, von privaten Unternehmen geführten Einrichtungen im Süden der USA haben jeweils über 900 Insassen. Im April waren noch 32.000 Asylwärter inhaftiert. Die US Border Patrol reduzierte derweil im gleichen Monat die Zahl der Insassen ihrer Arrestzellen direkt an der Grenze zu Mexiko von über 10.000 Menschen auf knapp 100. Die meisten von ihnen wurden in die mexikanischen Grenzstädte abgeschoben.

„Angesichts von Corona sitzen die Menschen hier in den Herbergen auf einem Pulverfass“, empört sich Grecia Herrera. Die stadtbekannte Gesundheitsaktivistin leitet die Migrantenherberge Respetttrans in Ciudad Juárez. Menschen aus der LGBTQ-Community, die aus Mittel-



amerika geflohen sind, finden hier zeitweise ein Zuhause. „Hier leben alle eng aufeinander, tagsüber im Wohnzimmer und nachts in den Schlafsälen.“ Das bedeute eine hohe Ansteckungsgefahr für eine äußerst verletzte Bevölkerungsgruppe. „Erst kürzlich hat eine Windpocken-Epidemie die Flüchtlingsunterkünfte der Grenzstadt heimgesucht“, erzählt die gelernte Kranken- und OP-Schwester. Herrera sitzt auf einem abgenutzten Sofa und spricht gegen die beiden Kühlschränke an, die polternd der Hitze trotzen. Vier junge Frauen machen Pupusas, salvadorianische Maistortillas, in der offenen Wohnküche. Vom oberen Stockwerk aus können sie direkt auf die Grenzbrücke Santa Fe und die dahinter liegende Innenstadt von El Paso mit ihren modernen Bankgebäuden blicken. Der Traum, dort Asyl zu erhalten, ist nicht nur für die Hausbewohnerinnen von Respetttrans in weite Ferne gerückt.

*Name von der Redaktion geändert

ADVENIAT LEGT JAHRESBILANZ 2019 VOR

2,5-Millionen-Euro-Fonds wegen Corona-Krise

„Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen: Deshalb stellt das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat einen Sonderfonds in Höhe von 2,5 Millionen Euro für Projekte im Kontext der Corona-Pandemie zur Verfügung.“ Das hat Adveniat-Bischof Franz-Josef Overbeck am 22. April bei der Bilanzpresskonferenz bekannt gegeben.

Bereits im März hat das Lateinamerika-Hilfswerk in Essen eine Soforthilfe von 100.000 Euro bereitgestellt. Schnell sei jedoch klageworden, dass der Bedarf wesentlich größer ist. Insbesondere, weil die Kirche die Versorgung der Armen mit Grundnahrungsmitteln und medizinischer Hilfe dort übernehmen müsse, wo staatliche Stellen ausfallen oder gar nicht vorhanden sind. „Kirche handelt: In Argentinien werden derzeit Gotteshäuser mit Betten und medizinischen Geräten ausgestattet, um sie für die eventuell notwendige Aufnahme von Menschen, zum Beispiel aus Altenheimen, vorzubereiten. Kirchliche Krankenhäuser, die Sozialpastoral in den Gemeinden, die zahlreichen Ordensleute und Priester stehen den Menschen bei, insbesondere denjenigen am Rand der Gesellschaft, beispielsweise den Obdachlosen“, berichtete Bischof Overbeck. Für Adveniat-Hauptgeschäftsführer Pater Michael Heinz steht fest: „Die arme Bevölkerungsmehrheit in Lateinamerika ist der Corona-Pandemie schutzlos ausgeliefert.“ Abstandhalten, Hygiene intensivieren, oder mehr Intensivbetten vorhalten – all die Mittel, mit denen in Europa die Kurve der Neuansteckungen in den letzten Wochen abgeflacht

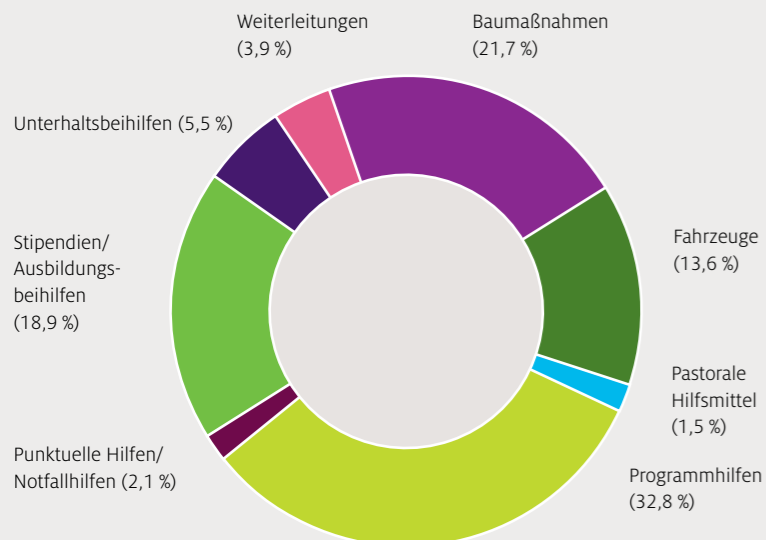


und die Versorgung Erkrankter sichergestellt werden konnte, seien in Lateinamerika nicht anwendbar. „Die Menschen leben in den Armenvierteln dicht an dicht auf engstem Raum. Sauberes Wasser und Seife fehlen. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal. Das Gesundheitssystem ist in vielen Ländern marode. Gesundheitsversorgung ist nach wie vor eine Frage des Geldbeutels“, erklärte Pater Heinz. In Venezuela, Guatemala und anderen armen Ländern seien zudem mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterernährt. Sie hätten einem Ausbruch der Lungenkrankheit nichts entgegenzusetzen.

Erfreut zeigte sich Adveniat-Geschäftsführer Stephan Jentgens, dass die Einnahmen aus Kollekten, Zuwendungen und Spenden in einer Höhe von 44 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden konnten: „Adveniat kann weiterhin auf die hohe Spendenbereitschaft seiner Spenderinnen und Spender zählen.“ Mit insgesamt 36,6 Millionen Euro konnte Adveniat 1.931 Projekte in Lateinamerika und der Karibik fördern. Vor dem Hintergrund der sich immer weiter verschärfenden humanitären Krise in Venezuela hat Adveniat die Fördersumme in dem Land weiter erhöht. 2019 wurden dort 114 Projekte mit 1,8 Millionen Euro unterstützt. Mit 3,6 Millionen Euro bleibt aber auch Venezuelas Nachbarland Kolumbien ein Förderschwerpunkt. Das Land bangt angesichts von eineinhalb bis zwei Millionen venezolanischen Flüchtlingen um seinen ohnehin fragilen Friedensprozess.

Rechts: Adveniat-Corona-Hilfe für Favelabewohner und Flüchtlinge in Rio de Janeiro, Brasilien. Foto: Philipp Lichterbeck

Unten: Bewilligte Mittel nach Projektarten, 2019



ADVENIAT-PARTNER: CORONAVIRUS LEBENSBEDROHLICH FÜR INDIGENE IN AMAZONIEN

Goldgräber und Holzfäller sind nicht im Homeoffice



Yanomami-Frauen im Dorf Watoriki. Foto: Jürgen Escher

Seit 15 Jahren ist der Comboni-Missionar Padre Dário Bossi in der Amazonasregion tätig. Der gebürtige Italiener berät in Brasilien das Amazonas-Netzwerk Repam und setzt sich für die Rechte der Menschen in den vom Bergbau bedrohten Gebieten ein. Im Interview mit Thomas Milz berichtet er über die Situation.

Padre Dário, was bedeutet das Vordringen des Coronavirus für die Indigenen in Amazonien?

Für die indigenen Völker kommt es zu einer doppelten Bedrohung: Denn inmitten der Pandemie gibt es eine Zunahme der Attacken auf ihre Gebiete, was ja an sich schon dramatisch genug wäre. Sind ihre Gebiete erst einmal abgeholzt und ihre Flüsse durch das Quecksilber der Goldgräber vergiftet, dann ist das nicht wieder rückgängig zu machen. Gleichzeitig gibt es die gesundheitliche Bedrohung: Die Abwehrkräfte der Indigenen gegenüber dem Virus sind geringer. Zudem leben sie in den abgelegenen Regionen des Landes. Der Fall eines 15 Jahre alten Yanomami, der in Roraima verstarb, zeigt das anschaulich. Er ist von einem Gesundheitsposten zum nächsten durchgereicht worden, bis er schließlich in der Hauptstadt Roraima ankam. Dort konnte man ihn aber nicht mehr retten, seine Lunge war schon zu schwer beschädigt.

Wie können sich die Indigenen schützen?

Die Indigenen isolieren sich selbst in ihren Dörfern. Da die Regierung nichts zu ihrem Schutz unternimmt, bleibt ihnen nichts anderes übrig. Aber das wird nicht ausrei-

chen, denn Goldsucher, Holzfäller und andere dringen in ihre Gebiete ein, und zwar illegal und ohne jede Kontrolle.

Verschlimmert sich die Situation in Amazonien also sogar noch durch die Pandemie?

Während die Pandemie in anderen Regionen der Welt einige Umweltkonflikte abgemildert hat, ist im Amazonasgebiet genau das Gegenteil eingetreten. Die Region von Carajás im Bundesstaat Maranhão, wo ich arbeite, ist ein Beispiel dafür. Dort gibt es das größte Abbauprojekt von Eisenerz des Bergbaukonzerns Vale. Der Betrieb der Minen läuft unter unverantwortlichen Bedingungen weiter. Ohne ausreichende Kontrollen und Schutz sind dort Arbeiter der Gefahr von Ansteckungen untereinander ausgesetzt. In anderen Regionen Amazoniens nehmen die Konflikte um illegale Goldminen und Abholzungen zu. Weder Goldsucher noch Holzfäller sind derzeit im Homeoffice.

Was kann die Kirche tun?

Die Amazonassynode vom letzten Oktober hat die Rolle der Kirche in Amazonien gestärkt. Die Kirche wirkt in Amazonien als politischer Akteur, will aber nicht einfach die Aufgaben und Pflichten der Nationalstaaten übernehmen. Die lokalen Gemeinschaften selbst haben die Kirche gebeten, sie bei der Verteidigung ihrer Rechte zu unterstützen. Und wir sind beim Widerstand gegen verschiedene Gesetzesinitiativen aktiv, die es Großgrundbesitzern erleichtern soll, Land in Amazonien in Besitz zu nehmen.

„Was die Menschen aus den Armen-
vierteln uns beibringen, ist mehr als
das, was wir ihnen geben können.“

Marisa Martínez, Caritas Merlo-Moreno, Argentinien



adveniat
für die Menschen
in Lateinamerika